

## **Ordentliche Hauptversammlung der ZhongDe Waste Technology AG am 31. Juli 2009**

### **Bericht des Vorstands an die Hauptversammlung zu Punkt 11 und 12 der Tagesordnung gemäß §§ 221 Abs. 4 Satz 2, 186 Abs. 4 Satz 2 AktG**

Wir schlagen der Hauptversammlung eine Ermächtigung zur Ausgabe von Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen und ein bedingtes Kapital vor. Die Begebung von Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente) kann zusätzlich zu den klassischen Instrumenten der Fremd- und Eigenkapitalaufnahme die Möglichkeit bieten, je nach Marktlage attraktive Finanzierungsalternativen am Kapitalmarkt zu nutzen und hierdurch die Voraussetzungen für die künftige geschäftliche Entwicklung sicherzustellen. Aus Sicht des Vorstands besteht ein Interesse der Gesellschaft, dass ihr diese Finanzierungsmöglichkeit künftig in erweiterter Form zur Verfügung steht. Dafür soll der Rahmen mit einem Gesamtnennbetrag der Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen von maximal EUR 195.000.000,00 und einer Berechtigung zum Bezug von bis zu maximal 6.500.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien der Gesellschaft erweitert werden. Der Vorstand soll ermächtigt werden, Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 31. Juli 2014 auszugeben. Die Ausgabe von Schuldverschreibungen kann auch gegen Sachleistung, etwa zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder Unternehmensteilen erfolgen. Die Emission von Schuldverschreibungen ermöglicht die Aufnahme von Kapital zu attraktiven Konditionen. Die erzielten Options- bzw. Wandlungsprämien kommen der Kapitalbasis der Gesellschaft zugute und ermöglichen ihr so die Nutzung günstiger Finanzierungsmöglichkeiten. Die ferner vorgesehene Möglichkeit, neben der Einräumung von Options- und/oder Wandlungsrechten auch Wandlungspflichten zu begründen, erweitert den Spielraum für die Ausgestaltung dieses Finanzierungsinstruments. Die Ermächtigung gibt der Gesellschaft die erforderliche Flexibilität, die Schuldverschreibungen selbst oder über Gesellschaften, an denen sie eine unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligung hält, zu platzieren.

Schuldverschreibungen können außer in Euro auch in der gesetzlichen Währung eines OECD-Landes ausgegeben werden.

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht zu gewähren. Der Vorstand soll jedoch ermächtigt werden, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen gegen Barleistung das Bezugsrecht in sinngemäßer Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG auszuschließen. Der anteilige Betrag des Grundkapitals der auf Grund der Options- oder Wandlungsrechte zu beziehenden Aktien muss sich hierbei auf bis 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft beschränken. Auf die Grenze von 10 % des Grundkapitals sind die Ausgabe von Aktien, die aufgrund anderer Ermächtigungen zur Kapitalerhöhung mit Bezugsrechtsausschluss nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG oder auf Grund bedingter Kapitalia nach §§ 221 Abs. 4 Satz 2, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben und die Veräußerung von Aktien die auf Grund einer Ermächtigung nach §§ 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 5, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts veräußert werden, anzurechnen. Durch diese Anrechnungen wird sichergestellt, dass keine Schuldverschreibungen ausgegeben werden, wenn dies dazu führen würde, dass insgesamt für

mehr als 10 % des Grundkapitals das Bezugsrecht der Aktionäre in unmittelbarer oder mittelbarer Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ohne besonderen sachlichen Grund ausgeschlossen wird. Diese weitergehende Beschränkung liegt im Interesse der Aktionäre, die bei Kapitalmaßnahmen ihre Beteiligungsquote möglichst aufrecht erhalten wollen.

Durch diese Möglichkeit des Ausschlusses des Bezugsrechts erhält die Gesellschaft die Flexibilität, günstige Kapitalmarktsituationen kurzfristig wahrzunehmen. Maßgeblich hierfür ist, dass im Gegensatz zu einer Emission von Schuldverschreibungen mit Bezugsrecht der Ausgabepreis erst unmittelbar vor der Platzierung festgesetzt werden kann, wodurch ein erhöhtes Kursänderungsrisiko für den Zeitraum einer Bezugsfrist vermieden werden kann. Durch die Vorgabe, dass der Ausgabepreis der Schuldverschreibungen den theoretischen Marktwert nicht wesentlich unterschreiten darf, soll sichergestellt werden, dass eine nennenswerte wirtschaftliche Verwässerung des Wertes der Aktien der Gesellschaft nicht eintritt. Der Vorstand hat insoweit die Pflicht, das Gutachten eines Finanzdienstleistungsinstituts oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft einzuholen. Dadurch ist der Schutz der Aktionäre vor einer Verwässerung ihres Anteilsbesitzes gewährleistet und den Aktionären entsteht kein wirtschaftlicher Nachteil durch einen Bezugsrechtsausschluss. Aktionäre, die ihren Anteil am Grundkapital der Gesellschaft aufrecht erhalten oder Schuldverschreibungen entsprechend ihrer Beteiligungsquote erwerben möchten, können dies durch einen Zukauf über den Markt erreichen.

Der Vorstand wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen. Solche Spitzenbeträge können sich aus dem Betrag des jeweiligen Emissionsvolumens und der Darstellung eines praktikablen Bezugsverhältnisses ergeben. Ein Ausschluss des Bezugsrechts erleichtert in diesen Fällen die Abwicklung der Kapitalmaßnahme. Die vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossenen freien Spitzen werden entweder durch Verkauf, über die Börse oder in sonstiger Weise bestmöglich für die Gesellschaft verwertet.

Weiterhin soll der Vorstand die Möglichkeit erhalten, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, um den Inhabern oder Gläubigern von Options- und/oder Wandlungsrechten oder auch von mit Wandlungspflichten ausgestatteten Wandelschuldverschreibungen ein Bezugsrecht in dem Umfang einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung der Options- bzw. Wandlungsrechte oder nach Erfüllung der Wandlungspflichten zustehen würde. Hierdurch kann verhindert werden, dass im Falle einer Ausnutzung der Ermächtigung der Options- bzw. Wandlungspreis für die Inhaber bereits bestehender Options- bzw. Wandlungsrechte nach den Options- und Wandlungsbedingungen ermäßigt werden oder durch die Gesellschaft gegebenenfalls ein anderweitiger Verwässerungsschutz gewährt werden muss.

Der Vorstand ist ferner berechtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit die Schuldverschreibungen gegen Sachleistung ausgegeben werden, sofern der Bezugsrechtsausschluss im überwiegenden Interesse der Gesellschaft liegt. Dies eröffnet die Möglichkeit, in geeigneten Fällen Schuldverschreibungen auch als Akquisitionswährung einsetzen zu können und auf diese Weise interessante Akquisitionsobjekte kurzfristig liquiditätsschonend zu erwerben. Der Vorstand wird im Einzelfall sorgfältig prüfen, ob er von der Ermächtigung zur Begebung von

Schuldverschreibungen gegen Sachleistung mit Bezugsrechtsausschluss Gebrauch machen wird.

In den Anleihebedingungen kann - zur Erhöhung der Flexibilität - vorgesehen werden, dass die Gesellschaft einem Options- bzw. Wandlungsberechtigten nicht Aktien der Gesellschaft gewährt, sondern den Gegenwert in Geld zahlt. Ferner kann vorgesehen werden, dass die Zahl der bei Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte oder nach Erfüllung der Wandlungspflichten zu beziehenden Aktien bzw. ein diesbezügliches Umtauschrecht variabel ist und/oder der Options- bzw. Wandlungspreis innerhalb einer vom Vorstand festzulegenden Bandbreite in Abhängigkeit von der Entwicklung des Aktienkurses oder als Folge von Verwässerungsschutzbestimmungen während der Laufzeit verändert werden kann.

Der jeweils festzusetzende Options- bzw. Wandlungspreis für eine Aktie - auch bei einem variablen Umtauschverhältnis bzw. einem variablen Options- oder Wandlungspreis - beträgt mindestens 80 % des gewichteten durchschnittlichen Börsenkurses der Aktien der Gesellschaft in der Xetra-Schlussauktion zu dem an der Frankfurter Wertpapierbörse (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) zu den oben genannten Referenzzeitpunkten je ausgegebene Aktie. Auf diese Weise soll die Gesellschaft in die Lage versetzt werden, den Options- oder Wandlungspreis entsprechend dem bei Festlegung bestehenden Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft flexibel festzulegen.

Die vorgeschlagene bedingte Erhöhung des Grundkapitals durch das bedingte Kapital um bis zu EUR 6.500.000 dient dazu, die mit den Schuldverschreibungen verbundenen Options- bzw. Wandlungsrechte zu bedienen oder Wandlungspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu erfüllen, soweit nicht andere Erfüllungsformen zur Bedienung eingesetzt werden.

Hamburg, 17. Juni 2009

Der Vorstand